

Tarifpolitischer Halbjahresbericht – Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2016

In der Tarifrunde 2016 liegen zur Jahresmitte bereits zahlreiche Abschlüsse für einige große und viele kleinere Branchen und Tarifbereiche vor. Die Ergebnisse zeigen, dass die Abschlussraten im Vergleich zum Vorjahr leicht niedriger ausfallen und auch die jahresbezogene Tarifierhöhung geringer ist. Die tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden in diesem Jahr preisbereinigt voraussichtlich um rund 2,5 % steigen. Die Tarifrunden im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie wurden von breiten Warnstreikwellen geprägt, die Zahl der Ausfalltage blieb jedoch weit unter dem Vorjahresniveau (WSI 2016).

REINHARD BISPINCK, WSI-TARIFARCHIV

1. Übersicht

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vorfeld der Tarifrunde 2016 waren relativ günstig (IMK 2016). Die realen Wachstumsraten nahmen 2015 quartalsweise stetig zu, im gesamten Jahr ergab sich ein Wachstum von 1,7 %, also geringfügig höher als im Vorjahr. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten zu Jahresbeginn 2016 wie bereits im Vorjahr mehrheitlich ein reales Wachstum zwischen 1,5 und 2,0 % und einen Anstieg der Verbraucherpreise überwiegend zwischen 0,5 und 1,4 %.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief erneut positiv (BA 2016): Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf 2015 um 330.000 (+ 0,9 %), bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Zuwachs mit 1,9 % stärker aus. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging 2015 um 4,0 % zurück, die Arbeitslosenquote sank von 6,7 auf 6,4 %. Im Vorfeld der Tarifrunde spielte auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes eine wichtige Rolle. Eine Reihe von Mainstream-Ökonomen und Instituten prognostizierten mehr oder minder starke negative Effekte auf die Beschäftigung, was sich jedoch im Rückblick als völlige Fehleinschätzung herausstellte (Amlinger et al. 2016).

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften begründete der deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit den Rekordgewinnen der Unternehmen, der florierenden

Exportwirtschaft und der positiven Entwicklung der öffentlichen Haushalte (DGB 2016). Sie bewegten sich in der diesjährigen Tarifrunde zwischen 4,5 und 6,0 % und damit insgesamt etwas niedriger als im Vorjahr. Die höchste Forderung in den größeren Tarifbereichen stellte ver.di im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) mit 6,0 % auf. Im privatwirtschaftlichen Bereich folgte dicht auf die IG BAU mit 5,9 % für das Bauhauptgewerbe. In einigen NGG-Tarifbereichen forderte die Gewerkschaft 5,5 %. Die häufigste Tarifforderung belief sich auf 5,0 %, so u. a. in der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie, der Druckindustrie und bei der Deutschen Telekom. Das Bankgewerbe lag mit 4,9 % knapp darunter. In kleineren ostdeutschen Tarifbereichen wurden 4,5 % gefordert. Forderungen mit einer ausgeprägten „sozialen Komponente“ spielten in dieser Tarifrunde keine prominente Rolle. Im bayerischen Hotel- und Gaststättengewerbe forderte die NGG einen Festbetrag von 100 €/Monat.

Auch in dieser Tarifrunde gab es in einigen Tarifbereichen qualitative Tarifforderungen: Sie bezogen sich u. a. auf die Übernahme der Ausgebildeten, die Weiterentwicklung von Demografie-Tarifverträgen, die Fortschreibung von Alterszeitregelungen und die betriebliche Altersversorgung.

Insgesamt laufen von Ende 2015 bis Ende 2016 die Einkommenstarifverträge für knapp 12 Mio. Beschäftigte aus. Der Kündigungsterminkalender gab u. a. folgenden zeitlichen Ablauf der Tarifrunde vor:

- *Januar*: Deutsche Telekom AG
- *Februar*: Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)
- *März*: Metall- und Elektroindustrie, Druckindustrie, Brot- und Backwarenindustrie
- *April*: Bauhauptgewerbe, Bankgewerbe, Maler- und Lackiererhandwerk
- *Mai*: Volkswagen AG, Kautschukindustrie
- *Juli/August/September*: Chemische Industrie
- *September*: Deutsche Bahn AG
- *Oktober*: Papier und Pappe verarbeitende Industrie
- *Dezember*: Öffentlicher Dienst (Länder), Zeitarbeit

In einigen Branchen wird in diesem Jahr nicht verhandelt, weil die Verträge bis ins Jahr 2017 hinein laufen. Dazu gehören u. a. die Textil- und Bekleidungsindustrie, das Kfz-Gewerbe, der Einzelhandel, der Groß- und Außenhandel, das Gebäudereinigerhandwerk und Teile der Energiewirtschaft. Ein Blick auf ausgewählte Tarifabschlüsse zeigt für das erste Halbjahr folgendes Bild (siehe auch *Übersicht 1*):

Januar:

Für die Beschäftigten der Süßwarenindustrie Ost einigten sich die Tarifparteien bereits in der ersten Verhandlungsrunde auf eine Tarifsteigerung um 2,7 % ab Januar 2016 und eine weitere Anhebung um 2,4 % im Januar 2017 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis zum Ende 2017.

Februar:

In der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie erfolgte der erste Abschluss für Baden-Württemberg: nach vier Nullmonaten (Januar bis April) werden die Tarife um 2,0 % ab Mai 2016 und weitere 1,7 % ab Juli 2017 erhöht bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis Ende 2017. Darüber hinaus wurde ein „Tarifvertrag Demografie“ abgeschlossen. Für die Tarifgebiete Niedersachsen/Bremen, Westfalen-Lippe, Rheinland-Pfalz und Bayern wurde dieser Abschluss inhaltsgleich übernommen. ▶

ÜBERSICHT 1

Ausgewählte Tarifforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2016

Abschluss	Tarifbereich	Forderung	Lohn, Gehalt, Entgelt	
			2016	2017
19.01.	Süßwarenindustrie Ost	6,0%	2,7% ab 01/2016	2,4% ab 01/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 12/2017
23.02.	Holz- und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	5,0%	4 Nullmonate 2,0% ab 05/2016	1,7% ab 07/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 12/2017
21.03.	Hotels und Gaststätten Bayern	100 €/Mon.	2 Nullmonate, 40 € Pauschale für 1 Monat 3,0% ab 05/2016	2,0% ab 05/2017, Laufzeit 27 Mon. bis 04/2018
13.04.	Deutsche Telekom AG	5,0% untere Gruppen über- proportional	2 Nullmonate 2,6 / 2,2% ab 04/2016 (untere/obere Entgeltgruppen)	2,1% ab 04/2016, Laufzeit 24 Mon. bis 01/2018
29.04.	Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	6,0%	2,4% ab 03/2016	2,35% ab 02/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 02/2018
13.05.	Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen	5,0%	150 € Pauschale für 3 Monate 2,8% ab 07/2016	2,0% ab 04/2017, Laufzeit 21 Mon. bis 12/2017
17./18.05.	Bauhauptgewerbe (Ang. o. Bayern)	5,9%, weitere Angleichung Ost an West	2,4/2,9% West/Berlin-West u. -Ost/ Ost ab 05/2016	2,2/2,4% West/Berlin-West u. -Ost/Ost ab 05/2017, Laufzeit 22 Mon. bis 02/2018
20.05.	Volkswagen AG	5,0%	3 Nullmonate 2,8% ab 09/2016 200 € Rentenbaustein	2,0% ab 08/2017, Laufzeit 20 Mon. bis 01/2018
31.05.	Kautschukindustrie	5,0%	2,5% ab 06/2016	1,9% ab 06/2017 0,6% ab 01/2018, Laufzeit 24 Mon. bis 05/2018
13./14.06.	Druckindustrie	5,0%	3 Nullmonate 2,0% ab 07/2016	1,8% ab 08/2017, Laufzeit 29 Mon. bis 08/2018
23.06.	Chemische Industrie	5,0%	3,0% ab 08/09/10/2016	2,3% ab 09/10/11/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 07/08/ 09/2018

Mon. = Monate.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Juni 2016.

März:

Im Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern erreichte die NGG nach zwei Nullmonaten (Februar und März) eine Pauschalzahlung in Höhe von 40 € für April (ohne Auszubildende), ab Mai steigen die Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 3,0 % gefolgt von einer Stufenerhöhung um 2,0 % zum Mai 2017. Der Tarifvertrag gilt bis zum April 2018.

April:

Bei der Deutschen Telekom AG setzte ver.di in der vierten Verhandlungsrunde am 12. und 13. April folgenden Abschluss durch: Nach zwei Nullmonaten (Februar und März) Anhebung der Tarifvergütung in den unteren Entgeltgruppen um 2,6 %, in den oberen um 2,2 %, eine Stufenerhöhung im April 2017 um 2,1 % bei einer Laufzeit von insgesamt 24 Monaten bis Januar 2018. Der Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen wurde bis Ende 2018 verlängert. Die Tarifrunde wurde von Protest- und Warnstreikaktionen mehrerer zehntausend Beschäftigter begleitet.

Im Öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) einigten sich die Tarifparteien am 29.04. auf eine Anhebung der Tarifentgelte um 2,4 % ab März 2016 und weitere 2,35 % ab Februar 2017 mit insgesamt 24 Monaten Laufzeit bis Februar 2018. Eine neue Entgeltordnung für Gemeinden wurde vereinbart und Regelungen zur Sicherung der betrieblichen Altersversorgung getroffen.

Mai:

Nach intensiven Warnstreiks mit rund 800.000 Beteiligten erreichte die IG Metall am 13.05. in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen einen Pilotabschluss mit einer Tarifanhebung von 2,8 % ab Juli 2016 und weiteren 2,0 % ab April 2017 mit einer Laufzeit von 21 Monaten bis Dezember 2017. Für die drei Nullmonate (April - Juni) wird eine Pauschale von 150 € gezahlt. Auch eine Regelung zur betrieblichen Differenzierung wurde vereinbart. Der Abschluss wurde in den anderen Regionen und auch bei Volkswagen übernommen.

Im Bauhauptgewerbe einigten sich die Tarifparteien in der vierten Runde am 18.05. auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 2,4 % ab Mai 2016 im Westen und Berlin sowie 2,9 % im Osten, und ab Mai 2017 2,2 % (Westdeutschland und Berlin) bzw. 2,4 % für Ostdeutschland bei einer Laufzeit von 22 Monaten bis Februar 2018.

Juni:

Nach einer regionalen und zwei bundesweiten Verhandlungsrunden vereinbarten die Tarifparteien in der chemischen Industrie einen Tarifabschluss mit einer Tarifierhöhung von 3,0 % für 13 Monate ab 01.08., 01.09. bzw. 01.10.2016 sowie einer anschließenden Stufenerhöhung um 2,3 % für weitere elf Monate. Die (regional unterschiedliche) Laufzeit beläuft sich insgesamt auf 24 Monate.

2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im 1. Halbjahr des Jahres 2016 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund 9,3 Mio. Beschäftigte ab, darunter für rund 1,3 Mio. Beschäftigte in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 46 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten.

Die durchschnittliche Abschlussrate einschließlich aller Stufenanhebungen, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, beträgt 4,8 % (West: 4,7 %, Ost: 5,1 %). Berücksichtigt werden bei der Abschlussrate nur die tabellenwirksamen Tarifierhebungen, während Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außer Acht gelassen werden. Berücksichtigt man ausschließlich die im Jahr 2016 in Kraft tretenden Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,6 % (West: 2,6 % und Ost: 2,7 %). Damit liegt die Abschlussrate, die 2016 wirksam wird, um 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr (2015: 2,9 %).

Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegen u. a. die Bereiche Verbrauchsgütergewerbe und Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,1 %. Im Mittelfeld liegen u. a. das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie das Baugewerbe mit jeweils 2,5 %. Mit die höchsten Werte weisen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,9 % und der Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 3,0 % aus.

Für 52,5 % der Beschäftigten mit Neuabschlüssen traten die Tarifsteigerungen mit zeitlicher Verzögerung in Kraft. Überwiegend waren es ein bis vier Verzögerungsmonate. Vier von fünf (81,2 %) der betroffenen Beschäftigten erhielten für diese Nullmonate Pauschalzahlungen, und zwar durchschnittlich 50 € pro Verzögerungsmonat. Die Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 22,4 Monate und liegt damit immerhin gut einen Monat über dem Wert für 2015 mit 21,1 Monaten.

Bei der Bewertung der tariflichen Abschlussrate ist zu berücksichtigen, dass sie die Laufzeit und die Lage des Tarifabschlusses im Jahresverlauf nicht in Rechnung stellt. Generell gilt: Aussagen zur Veränderung von wirtschaftlichen Kennziffern müssen auf einen festen Zeitraum normiert werden, um vergleichbar zu sein. Veränderungsdaten beziehen sich in der Regel auf das Kalenderjahr. Für einen Vergleich mit den zentralen makroökonomischen Größen ist daher ausschließlich die jahresbezogene Tarifierhöhung mit Bezug auf das Vorjahr methodisch zulässig und verwendbar.

Die jahresbezogene Steigerung der Tarifverdienste bringt – anders als die Abschlussrate – die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlun-

gen, z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen. Insgesamt ergibt sich für 17,7 Mio. Beschäftigte eine durchschnittliche Tarifsteigerung für das Jahr 2016 von 2,5 %.

Die kalenderjährliche Tarifsteigerung von voraussichtlich 2,5 % für dieses Jahr liegt geringfügig unter der Höhe des Vorjahres (2015: 2,7 %). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich 0,2 – 0,5 % wird mit dieser Tarifierhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr wiederum eine deutliche tarifliche Reallohnsteigerung erreicht.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede. Die Spannweite variiert zwischen 1,6 % im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und 3,5 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Dazwischen liegen beispielsweise das Verbrauchsgütergewerbe mit 1,8 %, die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe mit 2,1 % und das Investitionsgütergewerbe mit 2,3 %. Das Baugewerbe mit 2,8 % und der Handel mit 2,9 % liegen über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Das Tarifniveau Ost/West hat sich im vergangenen halben Jahr geringfügig erhöht. Es beträgt für die tariflichen Grundvergütungen der mittleren Gruppe auf der Basis von Tarifbereichen mit 1,9 Mio. erfassten Beschäftigten zur Jahresmitte 2016 97,6 %.

3. Ausgewählte Tarifrunden

Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst, Bund und Gemeinden, in der Metallindustrie und in der Chemischen Industrie haben die Lohntarifrunde 2016 des ersten Halbjahres dominiert. Sie werden im Folgenden in Verlauf und Ergebnis dargestellt und analysiert.

3.1 Öffentlicher Dienst – Bund und Gemeinden

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst bildeten im Hinblick auf die großen Tarifbereiche den Auftakt des Tarifjahres 2016. In diesem Jahr wurde der TVöD für den Bereich Bund und Gemeinden verhandelt, nachdem im vergangenen Jahr der TV-L für die Länder abgeschlossen wurde. Der letzte Abschluss für Bund und Gemeinden vom April 2014 hatte eine zweistufige Tarifierhöhung von 3,0 % (mindestens 90 €) für 2014 und weitere 2,4 % für 2015 gebracht. Damals hatte ver.di eine Tarifierhöhung von 100 € für alle Gruppen plus 3,5 % gefordert. Die Verträge liefen zum 29.02.2016 aus.

Gegenstand der Tarifverhandlungen 2016 war neben der Anhebung der Tarifentgelte auch das Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung für den Bereich der Gemeinden, über die bereits seit mehr als zehn Jahren verhandelt worden war.¹Außerdem stand die betriebliche Altersversorgung (Zusatzversorgung) auf der Tagesordnung. Nachdem die Gewerkschaften sich 2015 mit den Ländern auf eine pari-

TABELLE 1

Tarifsteigerung 2016¹

Angaben in Prozent

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,6	7,8	3,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,4	3,2	1,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,1	2,3	2,1
Investitionsgütergewerbe	2,3	2,1	2,3
Verbrauchsgütergewerbe	1,8	1,7	1,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,5	2,8	2,5
Baugewerbe	2,7	3,3	2,8
Handel	2,9	2,9	2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,6	1,4	1,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,1	2,1	2,1
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	2,5	3,3	2,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2,5	2,5	2,5
Gesamte Wirtschaft	2,4	2,7	2,5

¹Jahresbezogene Erhöhung 2016 gegenüber 2015.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 30.06.2016.

WSI Mitteilungen

tätische Beteiligung von Beschäftigten und Arbeitgebern an den Mehraufwendungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) geeinigt hatten, forderten Bund und Gemeinden nun vergleichbare Regelungen.

Die ver.di-Tarifkommission beschloss am 18. Februar u. a. folgende Forderungen:

- Anhebung der Tarifentgelte um 6,0 % und der Ausbildungsvergütungen um 100 €/Monat in allen Ausbildungsjahren bei einer Laufzeit von zwölf Monaten
- unbefristete Übernahme der Ausgebildeten
- Verzicht auf sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen
- Verlängerung der Regelungen zur Altersteilzeit über Dezember 2016 hinaus
- kein Eingriff in das Leistungsrecht der betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung)
- Regelungen zum Gesundheitsschutz bei Flughafenfeuerwehren.

Auf die Forderung einer sozialen Komponente verzichtete ver.di dieses Mal. Zu komplex erschien das Themenpaket der Tarifrunde, bei dem neben dem Entgelt ja auch noch die Kompensation für die Mehrkosten der Entgeltordnung und die Zusatzversorgung zu verhandeln waren. Mit der Entgeltforderung von 6,0 % lag ver.di am oberen Ende des Forderungsspektrums. ▶

¹ Für den Bereich der Länder ist eine überarbeitete Entgeltordnung bereits Anfang 2012 in Kraft getreten, für die Beschäftigten des Bundes gilt eine neue Entgeltordnung seit Anfang 2014.

Eine zentrale Begründung von ver.di für die Tarifforderung war: Die Einkommensentwicklung der Beschäftigten von Bund und Kommunen sei hinter derjenigen in der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben; seit 2000 um fast vier Prozentpunkte. Gegenüber der Industrie sogar um gut 10%. Außerdem hätten sich die Realeinkommen der Tarifbeschäftigten insgesamt im Vergleich zu 2000 deutlich geringer als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhöht, die preisbereinigt um mehr als 30% gestiegen seien. Die sehr positive Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund und Kommunen zeige, dass auch ein hinreichender Finanzierungsspielraum vorhanden sei (ver.di Pressemappe Tarifrunde TVöD 2016).

Die tarifliche Kernforderung stieß bei den öffentlichen Arbeitgebern erwartungsgemäß auf Ablehnung. Die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) betonte, dass die Tarifforderung ein Volumen von 5,6 Mrd. € habe, das angesichts der angespannten Lage der kommunalen Haushalte nicht darstellbar sei. Der von ver.di ins Feld geführte Nachholbedarf des Öffentlichen Dienstes wurde bestritten. Weder die Tarifentwicklung seit 2008 noch konkrete Gehaltsvergleiche einzelner Berufsgruppen stützten diese Behauptung. Im Gegenteil: Gerade in den unteren Entgeltgruppen seien die Beschäftigten gegenüber der Privatwirtschaft deutlich im Vorteil, argumentierte die VKA (VKA 2016).

Die kommunalen Arbeitgeber machten mit Nachdruck den Regelungsbedarf bei der Altersversorgung geltend. Sie forderten eine „Neujustierung“ der betrieblichen Altersversorgung, um die Zusatzversorgung langfristig finanzierbar zu halten. „Das schließt auch Leistungseinschnitte mit ein“ (VKA 2016, S. 3). Dies stieß bei ver.di von vornherein auf Ablehnung. Die Gewerkschaft erklärte sich zu Verhandlungen über Anpassungen bereit, aber ohne einen Eingriff in das Leistungsrecht.

Die erste Verhandlungsrunde am 21.03.2016 blieb ohne Ergebnis. Die Tarifvertragsparteien tauschten sich ohne Annäherung aus, die Arbeitgeber (VKA) hielten an einem Eingriff in das Leistungsrecht der betrieblichen Altersversorgung fest. Die Gewerkschaften riefen daher vor der zweiten Verhandlungsrunde zu Warnstreiks auf. Am Ende der zweiten Runde am 11./12.04. legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor, das folgende Elemente beinhaltet:

- nach drei Nullmonaten (März - Mai) eine Entgelterhöhung um 1,0% ab 01.06.2016
- 2,0% Stufenerhöhung ab 01.06.2017
- Laufzeit 24 Monate bis Februar 2018.

Hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung verzichteten die Arbeitgeber auf Leistungskürzung, forderten jedoch Zusatzbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für den Bund forderten sie eine Übernahme der Regelungen für die Länder. Die Gewerkschaften werteten dies als erstes Einlenken. Das Entgeltangebot sei aus ihrer Sicht „eine pure Provokation“, da es für die Beschäftigten einen Reallohnverlust bedeute. Die Gewerkschaften riefen daher vor der dritten Verhandlungsrunde am 28./29.04.

zu weiteren Warnstreiks auf, an denen sich bundesweit rund 100.000 Beschäftigte beteiligten. Die Arbeitskampfmaßnahmen bezogen weite Bereiche des Öffentlichen Dienstes ein, darunter Nahverkehrsbetriebe, Stadtreinigung, Kindertagesstätten, Krankenhäuser. Sie stießen auf teils scharfe Kritik der Arbeitgeber. Insbesondere die Einbeziehung der Bodenverkehrsdienste und Feuerwehren an Flughäfen, die zu einem Ausfall von ca. 1.000 Flügen führte, wurde als „völlig unangemessen“ bezeichnet.

In dieser Verhandlungsrunde gelang am 29.04. dann folgende Einigung:

(1) Entgelt:

- Anhebung der Tarifentgelte um 2,4% ab 01.03.2016
- Stufenerhöhung um 2,35% ab 01.02.2017
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 35 bzw. 30 €/Monat in allen Ausbildungsjahren jeweils zum gleichen Zeitpunkt
- Laufzeit 24 Monate bis 28.02.2018.

(2) Entgeltordnung:

- Vereinbarung einer neuen Entgeltordnung zum 01.01.2017 für die Gemeinden und damit finanzielle Aufwertung vieler Berufe
- hälftige Kompensierung dieser Mehrkosten durch Einfrieren der Sonderzahlung für drei Jahre auf das Niveau von 2015 sowie eine Absenkung um 4,0% in 2017.

(3) Betriebliche Altersversorgung:

- Bund: Übernahme der Länderregelung aus 2015
- Gemeinden: Einführung/Erhöhung von Beiträgen für Zusatzversorgungskassen mit anerkanntem Finanzierungsbedarf mit paritätischer Aufteilung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten in drei Schritten (0,2/0,3/0,4% ab 01.07.2016/2017/2018).

(4) Weitere Vereinbarungen u. a.:

- Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende von 28 auf 29 Tage ab 2016
- Verlängerung der Regelung zur Übernahme der Auszubildenden um zwei Jahre
- 50 €/Jahr Lernmittelzuschuss für Auszubildende und Übernahme der Unterbringungskosten bei auswärtigem Berufsschulbesuch
- Verlängerung des Altersteilzeit-Tarifvertrages um zwei Jahre.

Die Forderung zur Begrenzung sachgrundloser Befristung konnte nicht durchgesetzt werden.

Die Bewertung der Tarifparteien fiel unterschiedlich aus. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sprach von einem „sehr guten Ergebnis“. Die Gewerkschaften hätten eine deutliche Reallohnsteigerung durchgesetzt, die Angriffe der kommunalen Arbeitgeber auf die Zusatzversorgung seien abgewehrt worden. Die neu vereinbarte Entgeltordnung führe in vielen Bereichen zu deutlich verbesserten Eingrup-

pierungen. VKA-Präsident Böhle bezifferte das Volumen des Abschlusses auf 6 Mrd. € und bewertete die Einigung als „schmerzhaft für viele Kommunen und kommunale Betriebe“. Im Übrigen seien vertretbare Kompromisse ausgehandelt worden. Er hob als positiv hervor, dass der tarifliche Ausschluss der sachgrundlosen Befristung abgewehrt werden konnte. Bundesinnenminister de Maizièr sprach von einem „mehr als fairen Ergebnis“ und kündigte die zeit- und inhalts-gleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten an.

Die Gewerkschaften führten nach dem Abschluss, wie bereits in den Vorjahren, eine Mitgliederbefragung durch. Nach Angaben von ver.di sprachen sich dabei 78 % der Mitglieder für die Annahme des Tarifabschlusses aus.

3.2 Metall- und Elektroindustrie

3.2.1 Ausgangslage und Forderung

Der letzte Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2015 umfasste neben einer Pauschalzahlung eine Tarifierhöhung von 3,4 % bei einer relativ kurzen Laufzeit von 15 Monaten bis Ende März 2016. Er hatte wegen seines Volumens in den Metallarbeitgeberverbänden für erheblichen Unmut gesorgt. Die Tarifrunde 2016 in der Metall- und Elektroindustrie zeichnete sich deshalb von Beginn an durch eine konfrontative Entwicklung aus. Die Arbeitgeber signalisierten bereits zu einem frühen Zeitpunkt, dass sie kaum Verteilungsspielraum sehen und kündigten dementsprechend harten Widerstand an. Nach umfangreichen Warnstreiks einigten sich die Tarifparteien auf einen zweistufigen Abschluss, der eine Differenzierung auf betrieblicher Ebene zulässt.

Anfang Februar beschloss der IG Metall-Vorstand einen Forderungsrahmen von 4,5 bis 5,0 % bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. In den regionalen Tarifkommissionen reichte das Forderungsspektrum von 4,0 bis 5,5 %. Vereinzelt wurde auch die Forderung einer sozialen Komponente thematisiert. Die Möglichkeit einer Differenzierung des Tarifergebnisses durch Öffnungsklauseln wurde überwiegend kritisch gesehen. Wenn überhaupt, dann sollten Abweichungen an tarifliche Regelungen geknüpft werden. Der Beschluss der endgültigen Forderung durch den Vorstand erfolgte am 29. Februar: Sie lautete auf Erhöhung der Vergütungen um 5,0 % bei einer zwölfmonatigen Laufzeit. Bei dem geforderten Plus von 5,0 % für Beschäftigte und Auszubildende orientierte sich die IG Metall nach eigenen Angaben an der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (2,0 %) und dem mittelfristigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Trendproduktivität (etwa 1,1 %). Hinzu rechnete sie eine Umverteilungskomponente, „um die Beschäftigten fair an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen“. Die Forderung lag damit knapp unter der Vorjahresforderung von 5,5 %.

Erstmals griff die Gewerkschaft im Zusammenhang mit einer Entgeltrunde explizit das Ziel auf, auch die Tarifbindung der Branche zu erhöhen (zum Hintergrund vgl. Hofmann 2016). Der Flächentarif gilt, so die IG Metall, aktuell

im Schnitt nur noch für jeden zweiten der in der Metall- und Elektroindustrie Beschäftigten. „Das hat für die Betroffenen handfeste Nachteile: Denn Beschäftigte in nicht-tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie verdienen bei vergleichbarer Tätigkeit im Durchschnitt 24,6 % weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Betrieben mit Tarifvertrag.“ (IG Metall 2016)

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall kritisierte die Forderungsempfehlung des IG-Metall-Vorstands für die Tarifrunde 2016 scharf: Diese Forderungsempfehlung lasse befürchten, dass die Gewerkschaft den Ernst der Lage nicht erkannt habe. Seit der Finanzkrise seien die Löhne in der Metall- und Elektroindustrie um 20 % gestiegen, die Produktivität aber nur um 2 %. In der Tarifrunde 2016 komme es darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes in den Mittelpunkt zu stellen. Es könne nicht im Interesse der Gewerkschaft sein, die Zweifel der Unternehmen an dem Vorteil einer Tarifbindung und an der Zukunft des Standortes Deutschland weiter zu verstärken. Das Motto der sehr intensiven Öffentlichkeitskampagne der Metallarbeitgeber lautete dementsprechend „Falsche Zeit für Höhenflüge“ (Pressemeldung vom 02.02.2016).

3.2.2 Verhandlungen

Der Verhandlungsaufakt erfolgte am 9. März in Niedersachsen und endete, wie auch die nachfolgenden Verhandlungen der ersten Runde bis zum 22. März in Thüringen, ohne Ergebnis. Die IG Metall stellte in ihrer Begründung auf die insgesamt positive wirtschaftliche Lage in Deutschland ab. Sie betonte die solide Entwicklung in der Metall- und Elektroindustrie und hob die seit Jahren positive Gewinnentwicklung der Branche hervor. Die Arbeitgeber verwiesen dagegen auf die Risiken der Weltkonjunktur und die unterschiedliche Entwicklung in den Teilbranchen. Bei einer Inflationsrate von null und einer geringen Produktivitätsentwicklung sei die Tarifforderung von 5,0 % in keiner Weise gerechtfertigt. Die auch von ihnen gewünschte Erhöhung der Tarifbindung erfordere gerade niedrige Abschlüsse. Andernfalls werde es bei einer rückläufigen Tarifbindung bleiben.

Zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 11. April in Nordrhein-Westfalen legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor. Es sah bei einer Laufzeit von zwölf Monaten eine Erhöhung der Vergütungen um 0,9 % ab 1. April vor, basierend auf einer angenommenen Preissteigerung von 0,3 % und einer Produktivitätssteigerung von 0,6 %. Außerdem boten sie eine nichttabellewirksame Einmalzahlung von 0,3 % an. Der Präsident von NRW-Metall Kirchhoff bezeichnete die Tarifrunde 2016 als „eine entscheidende für die Zukunftsfähigkeit des Flächentarifs in Deutschlands bedeutendstem Industriezweig“. Von ihrem Ergebnis hänge es ab, ob verloren gegangenes Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit des Flächentarifs zurückgewonnen werden könne.

Die IG Metall wies das Angebot als „Provokation und Kampfansage“ zurück. Es würde, so IG Metall-Be- ▶

zirksleiter in NRW Giesler, die Binnenkonjunktur abwürgen und sei unverschämt gegenüber den Beschäftigten. Für die dritte Verhandlungsrunde am 28. April wurde ein verhandlungsfähiges Angebot angemahnt. In den folgenden anderen regionalen Verhandlungsrunden legten die Arbeitgeber identische Angebote vor. Die IG Metall beendete die Verhandlungen jeweils nach sehr kurzer Zeit.

Vor der dritten Verhandlungsrunde Ende April forderte Gesamtmetall von der IG Metall ein Entgegenkommen. „Wir brauchen eine Korrektur der unrealistischen 5-%-Forderung nach unten“, so Gesamtmetall-Präsident Dulger (Interview Heilbronner Stimme vom 19.04.2016). Er erinnerte daran, dass der letzte Tarifabschluss bei den Metallarbeitgebern intern auf heftige Kritik gestoßen sei. Die Botschaft laute jetzt: „Das können wir uns nicht noch einmal leisten“ (ebd.).

In der dritten Runde, die in nahezu allen Tarifgebieten am 28.04. stattfand, legten die Arbeitgeber ein „Alternativangebot“ vor, das bei einer Laufzeit von 24 Monaten u. a. eine zweistufige Erhöhung von insg. 2,1 % vorsah, zuzüglich einer Einmalzahlung von 0,3 % für zwölf Monate als sogenannte Wettbewerbskomponente. Darüber hinaus brachten sie eine Differenzierungsklausel mit der Möglichkeit der Abweichung vom Tarifergebnis für einzelne Unternehmen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage ins Gespräch. Die IG Metall lehnte auch dieses Angebot ab.

Am Freitag, dem 29.04. endete die Friedenspflicht. An den unmittelbar einsetzenden Warnstreiks beteiligten sich bereits in den ersten beiden Tagen 140.000 und in der folgenden Woche weitere 260.000 Beschäftigte. Die vierte Verhandlungsrunde in Nordrhein-Westfalen am 09.05. brachte ebenfalls keine Einigung, jedoch erste punktuelle Annäherungen, sodass der Vorstand der IG Metall der Bezirksleitung den Auftrag gab, in einer fünften Verhandlungsrunde am 12.05. zu versuchen, eine Einigung zu erzielen. Die Warnstreiks wurden noch einmal deutlich ausgeweitet. Bis zum 12.05. beteiligten sich weitere knapp 380.000 Beschäftigte an Arbeitsniederlegungen. Außerdem wurde das auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall neu geschaffene Instrument der 24-Stunden-Streiks vorbereitet, die nach einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen als reguläre Streiks, aber ohne vorherige Urabstimmung, durchgeführt werden sollten. Allein in Nordrhein-Westfalen, so Bezirksleiter Giesler, habe die IG Metall eine größere dreistellige Zahl von Betrieben identifiziert, die für diese Streikform geeignet seien (Süddeutsche Zeitung vom 06.05.2016).

3.2.3 Abschluss

In der fünften Runde am 12./13.05. erzielten die Tarifparteien in Nordrhein-Westfalen nach rund zwölfstündigen Verhandlungen folgendes Ergebnis:

(1) Entgelt:

- 150 € Pauschale insgesamt für April - Juni
- Anhebung des Tarifentgelts um 2,8 % ab 01.07.2016

- Stufenerhöhung von 2,0 % ab 01.04.2017
- Laufzeit von insgesamt 21 Monaten bis 31.12.2017.

(2) Differenzierung:

- Möglichkeit zur Verschiebung der Pauschalzahlung und der Stufenerhöhung sowie Reduzierung der Pauschalzahlung bis auf null für tarifgebundene Unternehmen mit unterdurchschnittlicher, schlechter Ertragslage nach Zustimmung durch die Tarifvertragsparteien.

(3) Weitere Regelungen:

- unveränderte Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages Anspruchsvoraussetzungen zur Finanzierung der Altersteilzeit bis 31.12.2017
- Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht für die Verhandlungen in der Tarifrunde 2017/2018
- Maßregelungsverbot.

Das Ergebnis wurde in ähnlicher Form anschließend in den anderen regionalen Tarifbereichen übernommen. Was die Vereinbarung zur Differenzierung betrifft, sind folgende Aspekte von Bedeutung: Gegenstand der Differenzierung kann die Pauschalzahlung (Verschiebung oder Reduzierung bis auf null) und die Stufenanhebung (Verschiebung) sein. Die Nutzung der Bestimmungen ist nur im Rahmen des Tarifabschlusses möglich, es findet kein dauerhafter Eingriff in die Entgeltstruktur statt. Erforderlich ist die Zustimmung der Tarifparteien, Voraussetzung ist ein Antrag des Arbeitgeberverbandes für den tarifgebundenen Mitgliedsbetrieb bei der IG Metall mit entsprechenden Unterlagen zur wirtschaftlichen Lage des Betriebes. Eine Entscheidung soll innerhalb eines Monats getroffen werden. Die Tarifparteien haben sich auf eine gemeinsame Evaluierung der Umsetzung verständigt. Sie wollen darüber hinaus auch die Anwendung anderer (sonder-)tariflicher Regelungen gemeinsam analysieren. Und schließlich wollen sie Vorschläge zur nachhaltigen Sicherung und Stärkung des Flächentarifvertrages entwickeln.

Die Bewertung des Abschlusses aus Sicht von Gesamtmetall fiel positiv aus: Es sei ein „solider Dreiklang aus akzeptabler Lohnerhöhung, betrieblicher Flexibilität und langer Laufzeit“. Man habe erreicht, dass die Belastung der Unternehmen deutlich unter der der Vorjahre liegt, dass die Laufzeit deutlich länger ist und dass den Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, Teile des Abschlusses zu differenzieren. Im Einzelfall könne die jährliche Kostenbelastung über die Laufzeit im Volumen von über 10 % gesenkt werden (Gesamtmetall-Pressemitteilung vom 13.05.2016).

Aus Sicht der IG Metall bringt der Abschluss den Beschäftigten „eine deutliche Realloohnerhöhung und damit einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg“. Der tarifpolitische Kurs der volkswirtschaftlichen Vernunft sei gehalten worden. Gesamtwirtschaftlich sei dieser Abschluss ein gutes Ergebnis für Wachstum und Beschäftigung (Pressemitteilung der IG Metall vom 13.05.2016). Hinsichtlich der

Einbeziehung von Betrieben ohne Tarifbindung zog die IG Metall ebenfalls eine positive Bilanz: In 40 Betrieben schloss die IG Metall nach eigenen Angaben seit Anfang des Jahres einen Tarifvertrag ab. In etwa 100 Betrieben laufen zurzeit Verhandlungen. In Sachsen-Anhalt vereinbarte die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband einen Heranführungstarifvertrag, der für tarifungebundene Betriebe die Modalitäten regelt, in vier Jahren auf das Niveau des Flächentarifvertrages zu kommen.

3.3 Chemische Industrie

Die dritte stark beachtete Tarifrunde dieses Jahres betraf die Chemische Industrie. Sie lag zeitlich nach den Verhandlungen im Öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie. Die tarifvertraglichen Kündigungstermine lagen regional gestaffelt zwischen Juli und September. Am 8. April beschloss der IG BCE-Hauptvorstand die Forderungsempfehlung für die Tarifrunde 2016. Demnach sollten die Einkommen um 5,0% bei einer Laufzeit von zwölf Monaten steigen. Ein weiterer Eckpunkt war die Fortführung und Weiterentwicklung der tariflichen Regelungen zum Ausbildungsplatzangebot und Berufseinstieg. Die Empfehlung war die Grundlage für die Diskussionen in den rund 1.900 Betrieben. Die Ergebnisse wurden im Mai in den elf Tarifbezirken zusammengeführt. Am 25. Mai beschloss die große Bundestarifkommission diese Forderung endgültig. Die IG BCE verwies zur Begründung auf die gute ökonomische Situation und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Diese werde auch künftig von der positiven binnenwirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Es gelte vor dem Hintergrund der Zielinflationsrate und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im besonderen Maße die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und den Wert ihrer Arbeit zu honorieren. Neben Dividendenerhöhungen und Steigerungen der Margen müsse es auch „eine kräftige Erhöhung der Tarifentgelte“ geben (IG BCE Medieninformation vom 08.04.2016). Der Arbeitgeberverband BAVC argumentierte gegen die Forderung mit der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung der Branche. Die Kosten seien seit 2010 weit aus stärker gestiegen als die Produktivität. Große Sprünge seien nicht möglich. „Nachholbedarf gibt es nur bei der Produktivität.“ (BAVC-Pressemeldung vom 08.04.2016).

Traditionell begannen die Verhandlungen zunächst auf regionaler Ebene. Alle Verhandlungen in den regionalen Tarifgebieten blieben ergebnislos. Auch die erste Verhandlung auf Bundesebene am 14. Juni in Hannover wurde ohne Angebot der Arbeitgeber vertagt. Fortschritte wurden im Komplex Ausbildung erzielt. Die Verhandlungen wurden am 22. und 23. Juni in Lahnstein fortgesetzt. Dort kam es zu einem Abschluss mit folgenden Bestandteilen:

- Erhöhung der Tarifentgelte um 3,0% regional unterschiedlich ab 01.08., 01.09. bzw. 01.10.2016
- 2,3% Stufenerhöhung ab 01.09., 01.10. bzw. 01.11.2017
- Laufzeit von insgesamt 24 Monaten bis 31.07., 31.08. bzw. 30.09.2018
- Möglichkeit zur Verschiebung der Erhöhungen um bis zu zwei Monate für Betriebe mit besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten
- Weiterentwicklung und Ausbau des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“.

Als Kriterien für die Verschiebung werden im Abschluss genannt: Ein negatives Ergebnis (Verlust) im Vorjahr bzw. eine vergleichbare aktuelle Situation. Bei einer Umsatzrendite von bis zu 3% entscheiden die Bundestarifparteien über die Verschiebung. Zur Förderung der Integration junger Menschen wurde u. a. zusätzlich zu den bestehenden Instrumenten ein „Pre-Startprogramm“ vereinbart, das auf die Herstellung der Ausbildungsfähigkeit gerichtet ist.

In der Bewertung des Abschlusses stellte IG BCE-Verhandlungsführer Peter Hausmann heraus, dass das Ergebnis der Lage der Chemischen Industrie entspreche und die Prozentzahlen sich auch im Branchenvergleich sehen lassen könnten. Der BAVC betonte, Planungssicherheit durch die zweijährige Laufzeit und betriebliche Flexibilität seien die entscheidenden Pluspunkte aus Arbeitgebersicht.

4. Ausblick

Die Tarifrunde 2016 ist in den meisten größeren Branchen und Tarifbereichen bereits abgeschlossen. In der zweiten Jahreshälfte steht noch eine Reihe überwiegend kleinerer Wirtschaftszweige auf dem Tarifkalender. Dazu gehören zum Beispiel die Papier und Pappe verarbeitende Industrie, Teile des privaten Verkehrsgewerbes und die Deutsche Bahn AG. Die Tarifrunde 2017 wird zu Beginn von den Verhandlungen im Öffentlichen Dienst (Länder) und in der Leiharbeit/Zeitarbeit bestimmt werden, wo die Verträge Ende Dezember 2016 auslaufen. ■

LITERATUR

- Amlinger, M./Bispinck, R./Schulten, T.** (2016): Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland – Erfahrungen und Perspektiven, WSI Report (28), Januar
- BA (Bundesagentur für Arbeit)** (2016): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und Jahr 2015
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)** (2016): Zeit für kräftiges Lohnplus in Tarifrunden, Klartext 17/2016, 29.04.
- Hofmann, J.** (2016): Tarifbindung – eine Frage der Gerechtigkeit, in: WSI-Mitteilungen 69 (2), S. 143–147, http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_63865_63870.htm
- IG Metall** (2016): IG Metall fordert 5 Prozent mehr Geld, 29.02., <https://www.igmetall.de/metall-Tarifrunde-ig-metall-vorstand-beschliesst-forderung-18654.htm>
- IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) Arbeitskreis Konjunktur** (2016): Deutsche Konjunktur robust in rauem Klima. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2016/2017, IMK-Report (113), April
- ver.di (vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft)** (2016): Tarifrunde TVöD 2016 – Pressemappe, Berlin, März
- VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände)** (2016): Presseinformation zur Tarifrunde 2016, März, Frankfurt a. M.
- WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut)** (2016): Pressemeldung vom 16.06. „WSI-Zwischenbilanz zum 1. Halbjahr 2016. Arbeitskämpfe: Deutlicher Rückgang der Ausfalltage, aber weiter hohe Streikbeteiligung“

AUTOREN

REINHARD BISPINCK, Dr., ist Leiter der Abteilung WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut) und zugleich Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Götz Bauer, Merle Föhr, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube, Monika Wiebel und Jasmina Ziouziou sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.